



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie und Frauen - 80792 München

Gemeinsame Einrichtungen  
Optionskommunen  
Landkreise  
kreisfreie Städte  
Bezirke  
Regierungen

NAME  
Schumacher

TELEFON  
089 1261-1253

TELEFAX  
089 1261-181253

E-MAIL  
referat-l3@stmas.bayern.de

nachrichtlich:

Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales  
Bundesagentur für Arbeit  
- Regionaldirektion Bayern -  
Bayerischer Städtetag  
Bayerischer Landkreistag  
Verband der Bayerischen Bezirke  
LAG öffentliche/freie Wohlfahrtspflege  
(LAG FW TB Familie)  
Kommunaler Prüfungsverband  
Landessozialgericht

Laut E-Mail-Verteiler

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
Bitte bei Antwort angeben  
I 3/6074.04-1/149

DATUM

21.05.2012

**Vollzug des SGB II, SGB XII, BKGG;  
hier: Ausflüge und (Klassen-)Fahrten nach § 28 Abs. 2 SGB II (ggf. i.V.m. § 6b  
BKGG), § 34 Abs. 2 SGB XII**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. g. Thematik geben wir die nachfolgenden Hinweise. Sie finden dieses AMS in Kürze  
auch unter der Adresse <http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php>.  
Unser AMS I 3/2337/82/05 vom 20.06.2005 wird hierdurch ersetzt.

// Zukunftsministerium  
*Was Menschen berührt.*

## I. Voraussetzungen des Bedarfs, Begriffsbestimmungen

### 1. **Ausflüge im Sinne von § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB II, § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB XII**

Der Bedarf nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB II (bzw. § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB XII) beschränkt sich auf (maximal) eintägige Schulausflüge. Es muss sich um eine schulische Veranstaltung handeln; die Entscheidung, ob eine Veranstaltung als schulische Veranstaltung einzuordnen ist, trifft allein die jeweilige Schule. Es muss sich außerdem um einen Ausflug handeln, was ein Verlassen der Räumlichkeiten der Schule voraussetzt; Aufwendungen für sonstige (max. eintägige) Schulveranstaltungen wie Theateraufführungen in den Räumlichkeiten der Schule, Schulfeste etc. sind nicht erfasst und daher durch den Regelbedarf zu decken.

### 2. **Mehrtägige Klassenfahrten im Sinne von § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB II, § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII**

Ob eine „mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen“ im Sinne von § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB II, § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII vorliegt, bestimmt sich im Wesentlichen nach den Vorgaben des Landesschulrechts. SGB II und SGB XII geben für den Begriff der „Klassenfahrt“ lediglich vier – vom jeweiligen Landesschulrecht unabhängige Kriterien – vor: Es muss sich bei der Fahrt überhaupt um eine schulische Veranstaltung handeln, die mit mehr als einem Schüler mit mindestens einer Übernachtung und außerhalb der Schule durchgeführt wird (BSG, Urteil vom 22.11.2011, L 13 AS678/10, zu § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB II a.F.). Über diese bundesrechtlichen Mindestkriterien hinaus ist für die Frage, ob eine „Klassenfahrt“ im Sinne des SGB II / SGB XII vorliegt, entscheidend, ob auch nach der Ausgestaltung durch das Landesschulrecht eine „Klassenfahrt“ (Terminologie nach Art. 30 BayEUG „Schülerfahrt“) anzunehmen ist. Infolge dieses Bezugs bzw. der Akzessorietät zum (Landes-)Schulrecht bestimmt sich das Vorliegen einer „Klassenfahrt“ im Ergebnis nach dem aus pädagogischer Sicht regional „üblichen“ und der „durch die schulrechtlichen Bestimmungen geprägten Realität des Schulalltags“ (BSG aaO).

Die vom BSG zum Landesschulrecht geforderten Kriterien (regionale „Üblichkeit“ bzw. „Realität des Schulalltags“) stellen im Ergebnis geringe Anforderungen an die Einstufung einer Schulveranstaltung als „Klassenfahrt“. Gemäß Ziffer 2 der Durchführungshinweise zu Schülerfahrten (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) vom 9. Juli 2010, abrufbar unter <https://www.verkuendung-bayern.de/kwmb1/jahrgang:2010/heftnummer:15/seite:204>) entscheidet jede Schule über das Fahrtenprogramm für das jeweilige Schuljahr, u.a. auch über Verpflichtung oder Freiwilligkeit der Teilnahme und über teilnehmende Jahrgangstufen bzw. Klassen/Gruppen. Damit prägt nach den bayerischen schulrechtlichen Bestimmungen jede Schule individuell mit ihrer Entscheidung die „Realität des Schulalltags“. Auch die Entscheidung über die Durchführung bzw. Genehmigung eines internationalen Schüleraustausches als Schulveranstaltung obliegt dem zuständigen schulischen Gremium bzw. der Schulleitung der einzelnen Schule (vgl. Ziffer 3.11 der Bekanntmachung des StMUK vom 26. Januar 2010, abrufbar unter <https://www.verkuendung-bayern.de/kwmb1/jahrgang:2010/heftnummer:5/seite:71>). Ob eine „Klassenfahrt“ im Sinne der vom BSG aufgestellten Kriterien, insbesondere nach den Vorgaben des Landesschulrechts, vorliegt, dürfte sich regelmäßig aufgrund der von der Schülerin/dem Schüler vorgelegten/vorzulegenden Unterlagen zur Fahrt (Entscheidung/Organisation durch die Schule) feststellen lassen.

Im Ergebnis fallen unter den Begriff der Klassenfahrten nicht nur Fahrten des eigentlichen Klassenverbandes im (engen) „herkömmlichen Sinn“; der Begriff ist im Hinblick auf den Zweck des Gesetzes und die genannte Entscheidung des BSG weit auszulegen. Erfasst sind auch Studien-, Kurs-, Jahrgangs- und Skifahrten (Bayerisches LSG, Urteil vom 10.05.2007 – L 11 AS 178/06), Chor-, Orchesterfahrten u.Ä. sowie die Fahrten einzelner, ausschließlich für die Fahrt zusammengefasster Gruppen. So können z.B. auch Fahrten wie Schüleraustausche, bei denen eine Teilnahme unabhängig von einem konkreten fachbezogenen Klassen- oder Unterrichtsverband ist und/oder von bestimmten (Auswahl-)Kriterien (z.B. Sprachkenntnisse) abhängt, „Klassenfahrten“ im Sinne des Gesetzes sein (BSG aaO).

### 3. Ausflüge von Kindern in Kindertageseinrichtungen nach § 28 Abs. 2 Satz 2 SGB II, § 34 Abs. 2 Satz 2 SGB XII

Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 2 SGB II gilt für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, Satz 1 entsprechend. Nicht nur Kinder, die ausschließlich eine Kindertageseinrichtung besuchen (anstelle der Schule) und (noch) keine Schülerinnen/Schüler im Sinne von § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB II sind, werden erfasst. Auch Schulkinder, die im Anschluss an die Schule eine Kindertageseinrichtung im Sinne von § 28 Abs. 2 Satz 2 SGB II besuchen (z.B. Hort), fallen in den Anwendungsbereich der Vorschrift, so dass ggf. eine „Verdoppelung“ der Förderung erfolgen kann (Aufwendungen für Schulausflüge und Klassenfahrten einerseits, Aufwendungen für Hortausflüge und Hortfahrten andererseits). Das ist gesetzlich gewollt und daher unschädlich. Denn auch Schulkinder, die zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind in deren Gemeinschaft bzw. in die Gemeinschaft ihrer Gruppe – vergleichbar einer Schul- oder Klassengemeinschaft – eingebunden; hier besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Nichtteilnahme an Gemeinschaftsausflügen/-fahrten zur Ausgrenzung führt.

Im Hinblick auf den Gesetzeszweck (Teilnahme an Gemeinschaftsaktionen ermöglichen) erfasst § 28 Abs. 2 Satz 2 SGB II (analog) auch Kinder, für die Kindertagespflege geleistet wird (BT-Drs. 17/4095, S. 39). So können Aufwendungen für den von der Tagespflegeperson organisierten Ausflug in den Tierpark genauso übernommen werden wie für einen entsprechenden Ausflug mit einer Kindertageseinrichtung. Über den vom BSG (für „Klassenfahrten“) geforderten Bezug zum „regional Üblichen“ lässt sich auch bei der entsprechenden Anwendung von § 28 Abs. 2 Satz 1 SGB II auf Kinder in Kindertageseinrichtungen/Tagespflege eine gewisse Ein- bzw. Begrenzung der erfassten Unternehmungen ableiten.

Aufwendungen für Fahrten, die nicht unter § 28 Abs. 2 SGB II subsumiert werden können, können ggf. über § 28 Abs. 7 Nr. 3 SGB II bzw. § 34 Abs. 7 Nr. 3 SGB XII als Freizeit berücksichtigt werden.

Die z.T. speziellen Voraussetzungen, unter denen Bildungs- und Teilhabeleistungen Kindern in besonderen Kindertageseinrichtungen (z.B. „HPTs“ und „SPTs“)

gewährt werden können, werden baldmöglichst in einem eigenen Rundschreiben dargestellt.

## II. Inhalt, Höhe des Bedarfs

Die Anerkennung eines Bedarfs für Ausflüge und Fahrten soll die Teilnahme aller Schülerinnen/Schüler an entsprechenden Schulveranstaltungen unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Familie sicherstellen (BT-Drs. 17/3404). Der Bedarf erfasst hingegen nicht die Gewährleistung einer über die eigentliche Teilnahme hinausgehenden bestimmten Ausgestaltung der Fahrt/des Ausflugs (z.B. im Bereich der Freizeit oder Verpflegung) durch die leistungsberechtigten Schüler selbst. Denn anders als in § 28 Abs. 6 SGB II werden ausdrücklich keine (den entsprechenden Positionen des Regelbedarfs gegenüberzustellenden) „Mehraufwendungen“ (z.B. für Freizeit, Kultur, Nahrungsmittel, Gaststättendienstleistungen) während der Fahrt berücksichtigt. Vom Bedarf erfasst sind lediglich Aufwendungen, die spezifisch für den Ausflug/die „Klassenfahrt“ sind und zu diesen in einem entsprechenden Zweckzusammenhang stehen. Sie müssen unmittelbar durch den Ausflug bzw. die „Klassenfahrt“ bedingt und damit von der Schule selbst veranlasst sein (z.B. Reise-, Übernachtungs-/Unterbringungskosten, Eintrittsgelder); Aufwendungen, die „anlässlich“ bzw. im Rahmen des Ausflugs/der Fahrt anfallen und unmittelbar durch den Schüler (und nicht durch die pädagogische Entscheidung der Schule) ausgelöst sind (z.B. Einsatz von „Taschengeld“, spezieller „Reiseproviant“), sind nicht vom Bedarf nach § 28 Abs. 2 Satz 1 SGB II erfasst und müssen daher aus dem Regelbedarf gedeckt werden, bei dessen Ermittlung durch den Gesetzgeber entsprechende Positionen (z.B. für Freizeit, Kultur, Nahrungsmittel, Gaststättendienstleistungen) berücksichtigt wurden.

Für die dem Inhalt nach erfassten Aufwendungen sieht § 28 Abs. 2 Satz 1 SGB II der Höhe nach keine weitere Begrenzung – z.B. Überschreiten eines „Minimalbetrages“ im Sinne einer Bagatellgrenze, Erreichen eines Maximalbetrages im Sinne einer Deckelung – sondern eine Berücksichtigung in tatsächlicher Höhe vor. Eine **Kostenobergrenze** (die dann auf das Sozialrecht durchgreifen würde) kann allerdings durch das für die Ausgestaltung von Fahrten/Ausflügen maßgebliche Landes(-schul-)recht festgelegt werden (BSG aaO). Die bayerischen Regelungen für

die staatlichen Schulen sehen derzeit keine konkrete Kostenobergrenze vor (Ziffer 3.9 der o.g. Durchführungshinweise zu Schülerfahrten, abrufbar unter <https://www.verkuendung-bayern.de/kwmb1/jahrgang:2010/heftnummer:15/seite:204>, verweist lediglich auf einen zumutbaren Rahmen der Kosten); Änderungen sind insoweit nicht geplant.

### III. **Besonderheiten bei der Leistungserbringung, § 29 SGB II, § 34a SGB XII**

Im Grundsatz sind die Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 28 Abs. 2 SGB II als Sach- und Dienstleistungen, insbesondere in Form von Gutscheinen oder Direktzahlungen an die Leistungsanbieter, zu erbringen (§ 29 Abs 1 Satz 1 SGB II bzw. § 34a Abs. 2 Satz 1 SGB XII). Daher trägt auch der Leistungsberechtigte grundsätzlich das Risiko einer rechtzeitigen Antragstellung; es liegt in seiner Verantwortung, eine gewisse Bearbeitungsdauer für den Antrag auf Bildungs- und Teilhabeleistungen einzukalkulieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Sozialleistungsträger im Rahmen ihrer allgemeinen Beratungspflichten und der besonderen Unterstützungspflicht nach § 4 Abs. 2 SGB II potentielle Leistungsrechte über die Bedeutung einer rechtzeitigen Antragstellung informieren.

In der Praxis sehen sich die Leistungsberechtigten (und die Sozialleistungsträger) jedoch insbesondere bei Tagesausflügen häufig der Besonderheit gegenüber, dass die anfallenden Aufwendungen in bar beglichen werden sollen/müssen und das Geld von den Lehrkräften/Erziehern daher vorab direkt von den Schülern/Kindern eingesammelt wird. Hintergrund dieser Vorgehensweise ist häufig, dass Tagesausflüge so kurzfristig geplant werden, dass eine Überweisung ausscheidet; ggf. wird auch aus Kosten- und Vereinfachungsgründen für „Kleinstbeträge“ die Barzahlung gewählt.

Im Hinblick auf die Möglichkeit der Erstattung von Aufwendungen, die bereits von den Leistungsberechtigten getragen wurden, verweisen wir zu den Voraussetzungen einer berechtigten Selbsthilfe auf unser Rundschreiben unter <http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php#js3> (unter Ziffer 3 a) der Vollzugshinweise für Jobcenter). Soweit dem Sozialleistungsträger bekannt ist, dass (von bestimmten Schulen/Einrichtungen) üblicherweise nur Barleistungen

akzeptiert werden, sollten die Leistungsberechtigten grundsätzlich auf die Möglichkeit der Erstattung hingewiesen werden, damit sie nicht – aus Sorge, die Aufwendungen dauerhaft selbst tragen zu müssen - auf die Teilnahme verzichten (Unterstützungspflicht der Träger nach § 4 Abs. 2 SGB II).

Nicht ausgeschlossen ist, dass Erstattungsleistungen an die Leistungsberechtigten den Regelfall bei der Bedarfsdeckung nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB II darstellen, soweit z.B. ein bestimmter Anbieter (bestimmte Schule) für diesen Bedarf ausschließlich Barleistungen vorsieht. Dass der Anbieter ein Konto zur Verfügung stellt (z.B. zur Abwicklung der mehrtägigen Fahrten oder der „Gesamtorganisation“), ändert nichts an dem Umstand, dass eine Sachleistung für den konkreten Bildungs-/Teilhabebedarf, d.h. die Aufwendungen für den Ausflug, gerade nicht ermöglicht wird und die Kinder keine Ausweichmöglichkeit/Alternative haben (vgl. hierzu o.g. Rundschreiben). Eine gesetzeswidrige Umgehung liegt nicht vor, da sich der Sozialleistungsträger nicht generell (und dann im Widerspruch zu § 29 Abs. 1 Satz 1 SGB II) für die Erbringung einer Geldleistung entschieden hat, sondern die Erstattungszahlung lediglich als Folge der Verfahrensausgestaltung durch den Anbieter im konkreten Fall erfolgt und in verfassungskonformer Anwendung der Vorschriften notwendig ist. Ein „Umgehungstatbestand“ liegt auch deshalb nicht vor, weil der Anbieter die Verfahrensausgestaltung in aller Regel nach wirtschaftlichen Kriterien trifft und diese unterschiedslos für Selbstzahler und Sozialleistungsberechtigte anwendet. Bei Kleinstbeträgen ist es nachvollziehbar, wenn die Barzahlung als wirtschaftlichere Zahlungsart der Überweisung generell vorgezogen wird.

Diese Erwägungen gelten auch, wenn eine Vielzahl der Anbieter (ggf. sämtliche Anbieter) im Zuständigkeitsbereich eines Trägers für den Bedarf nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB II ausschließlich Barleistungen vorsehen sollte.

Im Rahmen des Erstattungsverfahrens kann es erforderlich sein, dass der Sozialleistungsträger den Leistungsberechtigten bei der Erbringung der notwendigen Nachweise unterstützt (z.B. durch Zur-Verfügung-Stellung eines „Formulars“ für die Bestätigung durch die Schule oder durch Hilfe bei der Formulierung einer von den Leistungsberechtigten selbst verfassten Bestätigung), damit die Kinder/Jugendlichen die Leistungen nach Möglichkeit in Anspruch nehmen (vgl. § 4 Abs. 2 Satz 4 SGB II).

Für den erforderlichen Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung ist alternativ zur Bestätigung der erfolgten Teilnahme durch den Schüler (nach Durchführung der Fahrt/des Ausflugs) auch möglich, dass der Leistungsberechtigte eine Quittung der Schule über seine Zahlung unter Angabe des Verwendungszwecks einreicht; hier kann davon ausgegangen werden, dass der Schüler/die Schülerin auch tatsächlich am Ausflug teilnimmt. Insbesondere in Fällen, in denen der Leistungsberechtigte längere Zeit vor der Veranstaltung bereits die Teilnahmekosten entrichten musste, kann der Sozialleistungsträger dann unmittelbar erstatten und eine längere Vorfinanzierung durch den Leistungsberechtigten dadurch vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading 'Jochen Schumacher'.

Jochen Schumacher  
Ministerialrat